

**Tanja Ernst**

## **Zwischen Rhetorik und Reformen – die „Neugründung“ Boliviens**

### **Zusammenfassung**

Der überraschend eindeutige Wahlsieg von Evo Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus im Dezember 2005 illustrierten, dass die Ablehnung des neoliberalen Wirtschafts- und Ordnungsmodells bis weit in die Mittelschichten hineinreicht.

Ein zentraler Aspekt zur Erklärung des zu beobachtenden politischen Wandels stellt die Persistenz der Armut und fortgesetzte Exklusion der indigenen Bevölkerungsmehrheit dar. Unter Berücksichtigung der strukturellen Rahmenbedingungen und politischen Machtverhältnisse unternimmt der Artikel – ein Jahr nach Amtsantritt der neuen Regierung – den Versuch einer ersten Bilanzierung der Reformvorhaben und weist auf aktuelle sowie zukünftige Konfliktfelder hin, die sowohl innergesellschaftlich als auch international bzw. regional die Handlungsfähigkeit der Regierung begrenzen bzw. erneut destabilisieren könnten.

Schlüsselbegriffe: Bolivien, Demokratie, Reformen, Handlungsspielraum der Regierung

---

### **Tanja Ernst**

arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin innerhalb der Politikwissenschaft an der Universität Kassel am Fachgebiet Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen. Den regionalen Fokus der Autorin bildet Lateinamerika; zu den Forschungs- und Interessenschwerpunkten zählen Fragestellungen aus den Bereichen Partizipation, Demokratietheorie, soziale Ungleichheit, Armutsbekämpfung, Entwicklungstheorie, Globalisierung und internationale Machtverhältnisse. Aktuell bereitet sie ihre Promotion zu demokratietheoretischen und -praktischen Implikationen der Persistenz der sozialen Frage und politischen Wandlungsprozessen in Lateinamerika am Beispiel Boliviens vor.

✉ Nora-Platiel-Str. 1, 34127 Kassel; E-Mail: [tanja.ernst@uni-kassel.de](mailto:tanja.ernst@uni-kassel.de); <[www.international.uni-kassel.de](http://www.international.uni-kassel.de)>

---

---

**Resumen**

---

**Tanja Ernst****Entre retórica y reformas – la “refundación de Bolivia**

La sorprendentemente clara victoria electoral de Evo Morales y su Movimiento al Socialismo en diciembre del 2005 ha ilustrado que el rechazo al modelo económico y político neoliberal llegó a instalarse incluso en gran parte de la clase media. Tomando en cuenta las condiciones estructurales y las relaciones de poder, el presente artículo intenta hacer un balance de los proyectos de reforma del nuevo gobierno después de su primer año en el poder, identificando los puntos de conflicto actuales y futuros, los cuales podrían restringir al nuevo gobierno en sus acciones o incluso desestabilizarlo nuevamente.

---

**Summary**

---

**Tanja Ernst****Between discourse and reforms – The “re-foundation” of Bolivia**

The surprisingly clear electoral victory of Evo Morales and his Movement to Socialism in December 2005 has shown that the rejection against the neoliberal economic and political model has already reached big parts of the middle class. Considering the structural conditions and political power structures, this article attempts a balance of the reform projects after the new governments first year in power, identifying actual and future conflict fields which could restrict its actions or even destabilize it again

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Bolivien zählt mit einem *Human Development Index*-Rang von 115 von 177 erfassten Ländern und einem Armutsanteil von annähernd 63% der Gesamtbevölkerung bis heute zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas (UNDP 2006). Trotz seines natürlichen Ressourcenreichtums muss der hochverschuldete und ökonomisch international kaum konkurrenzfähige, da vorwiegend durch Subsistenzwirtschaft sowie informelle Produktion geprägte Andenstaat, als stark außenabhängig bezeichnet werden. In besonderem Maße betroffen von Armut und Ausgrenzung ist seit jeher die indigene Bevölkerungsmehrheit (Grey Molina 2005).

Der 1982 einsetzende Übergang zur Demokratie wurde ab 1985 von einer radikalen Durchsetzung neoliberaler Strukturanpassungsmaßnahmen begleitet. In der Folge galt Bolivien international lange als äußerst reformwilliges Musterland, welches auch die institutionellen Reformen der sogenannten zweiten Generation des *Washingtoner Consensus* erfolgreich umzusetzen vermochte (vgl. Piepenstock et al. 2004).

Doch angesichts der seit 2000 immer rascher aufeinanderfolgenden Eskalation sozialer Proteste und der rasanten Erosion staatlicher Legitimation wurde dem ehemaligen Modellland in jüngster Vergangenheit immer häufiger die Diagnose der Unregierbarkeit zuteil (Marmon 2005; Rohrer 2005). Auch der Regierung von Interimspräsident Carlos Mesa gelang es – trotz großer Popularität innerhalb der Bevölkerung – zwischen Oktober 2003 und Juni 2005 nicht, politische Lösungen für die heterogenen und oft diametral entgegengesetzten Interessenlagen und Kräfteverhältnisse im In- und Ausland anzubieten und die innenpolitische Dynamik von Konfrontationen und wechselseitigen Blockaden zu durchbrechen. Insofern verwundert es nicht, dass der politische und ökonomische Handlungsspielraum der Regierung Evo Morales beim Amtsantritt allenthalben eher gering eingeschätzt wurde.

Dabei kam das Wahlergebnis vom Dezember 2005 einer historischen Zäsur gleich: Zum einen gelang es seit 1982 erstmalig einem Präsidentschaftskandidaten mit 53,9% aller Stimmen direkt gewählt zu werden.<sup>2</sup> Zum anderen steht mit dem ehemaligen Kokabauern und staatlich verfolgten Gewerk-

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist die aktualisierte Fassung eines Vortrages, den die Autorin auf den Weingartener Lateinamerikagesprächen 2007 am 13. Januar 2007 im Rahmen des Tagungsthemas „Erfindet Lateinamerika sich neu? Die Linke und die Globalisierung“ gehalten hat.

<sup>2</sup> In Meinungsumfragen und Wahlanalysen waren Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus, dem *Movimiento al Socialismo* (MAS) im Vorfeld maximal 35% der Stimmen bzw. lediglich ein knapper Sieg und eine kaum handlungsfähige Regierung prognostiziert worden (Leonhard 2005). Zudem hatte zuvor noch nie ein Kandidat die vorgeschriebene absolute Mehrheit von über 50% aller Stimmen erreicht, so dass die Abgeordneten der Parteien der beiden bestplatzierten Kandidaten bis dato die Besetzung des Amtes politisch aushandelten und über eine Abstimmung im Kongress durchsetzten.

schaftsführer zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte ein *aymara* und damit ein Mann mit indigenen Wurzeln und aus sozial benachteiligten Verhältnissen an der Spitze des bolivianischen Staates.

Doch wie fällt die Bilanz ein Jahr nach dem Amtsantritt der neuen Regierung aus? Ein Leitartikel der renommierten bolivianischen Tageszeitung *La Razón* bescheinigte Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus eine populistische bis linke Politik betrieben sowie einen strukturellen Wandel des Staates eingeleitet zu haben. Als wichtigster politischer Erfolg der Regierung sei die gelungene Neuverhandlung der Erdgasförderverträge mit allen ausländischen Investoren zu nennen. Dabei wird der amtierenden Regierung aus ökonomischer Perspektive insgesamt ein außerordentlicher Erfolg bescheinigt. Verantwortlich für den wirtschaftlichen Aufschwung seien dabei vor allem die positive Konjunktur des Weltmarktes, die staatlichen Zusatzeinnahmen aus dem Erdgasexport sowie die partielle Steigerung der Binnenproduktion.

In konkreten Zahlen überstiegen die Exporteinnahmen 2006 erstmalig die US\$ 4 Mrd.-Marke; der Nettowert der internationalen Währungsreserven wuchs auf über US\$ 3 Mrd. an; der Haushaltsüberschuss erzielte mit 5,9% (US\$ 531 Mio.) einen historischen Rekord; die Inflation sank unter 5% und entsprach damit den offiziellen Zielsetzungen zum Jahresbeginn. Des Weiteren konnte 2006 eine positive Handelsbilanz und ein leichter Wertzuwachs der nationalen Währung erzielt werden. Ebenso war ein Anstieg des internen Konsums zu verzeichnen. In soziopolitischer Hinsicht sei es der neuen Regierung zudem gelungen, sich glaubhaft für die Interessen der benachteiligten indigenen und ländlichen Bevölkerung sowie der städtischen Armen einzusetzen. Auf diese Weise verfüge die Regierung über eine gute und breite Unterstützungsbasis innerhalb der Bevölkerung. Gleichzeitig aber führe der angestrebte politische Wandel zu innergesellschaftlichen Interessenkonflikten, welche bisweilen rassistische Blüten trieben und bis hin zu separatistischen Bestrebungen reichten (*La Razón* 1.12.2006 und 30.12.2006).<sup>3</sup>

Anknüpfend an diese Innenansicht, versucht der vorliegende Beitrag im Folgenden eine erste Bilanzierung der bisher umgesetzten Wahlversprechen und Reformfortschritte zu leisten und gleichzeitig die national und international zum Teil mit Sorge betrachtete Entwicklung der bolivianischen Demokratie kritisch zu kommentieren.

Mittel- bis langfristig wird sich die Regierung daran messen lassen müssen, ob bzw. inwieweit sich die Lebensumstände der benachteiligten Bevölke-

---

<sup>3</sup> Ausmaß und Grad der innenpolitischen Polarisierung lassen sich in diesem Kontext nur exemplarisch illustrieren. So berichtete eine US-amerikanische Zeitung zum Jahresende 2006 aus Santa Cruz, der Hochburg der Autonomiebewegung, beispielsweise, dass sich in den Reihen der Opposition eine Handy-Photomontage größter Beliebtheit erfreue, die Evo Morales mit einem Kopfschuss zeige und über ihm die in Blut geschriebenen Worte: „Es lebe Santa Cruz!“ (*The New York Times* 26.12.2006).

rungsmehrheit spürbar verbessern. Im ersten Jahr nach der Amtsübernahme standen jedoch vor allem die Lösung bzw. Bearbeitung der Hauptkonfliktfelder der vergangenen Jahre im Vordergrund. Diese Hauptkonfliktfelder sowie die dahinterliegenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden deshalb noch einmal kurz resümiert:

■ Gas/ natürliche Ressourcen:

Beim Thema Nationalisierung und Fragen der Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen geht es im Kern um die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und die Schaffung von ökonomischen Perspektiven für eine eigenständige Entwicklung sowie den Versuch, die natürlichen Ressourcen des Landes zukünftig stärker zum Wohle aller zu nutzen.

■ Verfassungsgebende Versammlung:

Die Forderung nach der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung geht auf den „Marsch für Territorium und Würde“ der indigenen Tieflandethnien von 1990 zurück. Denn bis heute spiegelt sich das Erbe kolonialer Gesellschaftsstrukturen nicht nur in der sozioökonomischen Benachteiligung der indigenen Bevölkerungsgruppen wider, sondern auch in einem politisch-institutionellen System westlicher Provenienz, das Werte und Normen festgeschrieben hat, welche die im Land herrschende soziokulturelle Vielfalt, alternative politische Praxen sowie indigene Rechtsvorstellungen ignorieren. Insofern könnte die aktive Beteiligung bisher Ausgeschlossener an der Erarbeitung einer neuen Verfassung weit mehr bedeuten als die im Verfassungszusatz von 1994 formal erfolgte Anerkennung der ethnischen und kulturellen Pluralität. Denn sowohl in ökonomischer, als auch politisch-institutioneller Perspektive könnte eine Verfassungsgebende Versammlung die Ergebnisse der „doppelten Liberalisierung“ (Wolff 2004) grundlegend zur Disposition stellen.

■ Regionale Autonomien:

Die Forderung der vier östlichen Tieflanddepartments Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando nach erweiterten politischen sowie wirtschaftspolitischen Kompetenzen ist keineswegs neu. Neu daran ist die seit dem Jahreswechsel 2004/2005 zu beobachtende Radikalisierung der Forderungen, die sich nicht zuletzt aus der wachsenden Angst der wirtschaftsstarken Eliten speist, die anti-neoliberalen Positionen des politisch straff organisierten Hochlandes – gestärkt durch die aktuell amtierende Regierung – könnten in der neuen Verfassung dauerhaft festgeschrieben werden. Darüber hinaus verlangen die angestammten Eliten allen voran die des Tieflanddepartments Santa Cruz, welches neben der Region Tarija über große Teile der nationalen Erdgasvorkommen verfügt und etwa 40-50% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, schon länger die anfallenden Steuereinnahmen selbst erheben und verwalten zu können, d.h. die Wirtschafts- und Exportpolitik des Departments weitge-

hend ohne Berücksichtigung zentralstaatlicher Vorstellungen sowie landesweiter Ausgleichs- und Umverteilungspolitiken zu gestalten. Im Kern speist sich die aktuelle Vehemenz der Autonomiebewegung damit vor allem aus der Sorge um die Sicherung ökonomischer und politischer Interessen einflussreicher Machtgruppen des Landes (vgl. Urioste 2005; Weber 2004: 48ff). Gleichzeitig existiert auch in indigenen Kreisen die langjährige und weitverbreitete Forderung nach Selbstbestimmung und lokaler Autonomie. So votierte beispielsweise auch in den beiden ärmeren Tieflanddepartments Beni und Pando eine Mehrheit der dortigen Bevölkerung für eine regionale Autonomie, da sich die hier lebenden, zahlenmäßig sehr kleinen Tieflandethnien von der Zentralregierung und den indigenen sowie gewerkschaftlichen Hochlandorganisationen der größten Ethnien *quechua* und *aymara* politisch nur unzureichend vertreten fühlen. Aktuell versucht die Regierung Morales, das spannungsgeladene Diskursfeld Autonomien durch eine positive Bezugnahme auf die indigenen Forderungen nach Selbstbestimmung zu besetzen und so die Vision einer lokalen Autonomie gegen die separatistischen und damit die nationale Einheit gefährdenden BefürworterInnen der regionalen Unabhängigkeit auszuspielen (La Razón 5. 1. 2007a). Dass sich diese Strategie als Bumerang für die Regierung erweisen könnte, soll an anderer Stelle noch ausgeführt werden.

■ Landfrage:

Die Sicherung von Land- und Territoriumsrechten wird von ruralen indigenen Gemeinschaften bereits seit den 1980er Jahren gefordert. Dabei geht es um weit mehr als die Absicherung von Landbesitz zur landwirtschaftlichen oder sonstigen ökonomischen Nutzung. So steht in diesem Kontext auch nicht die Sicherung von individuellen Eigentumstiteln im Vordergrund, sondern das bewohnte Territorium wird als kollektiver Lebens- und Kulturraum begriffen, den es für nachfolgende Generationen zu erhalten gilt. Das schließt die Verfügungsgewalt bzw. Entscheidungsbefugnis über die Nutzung der natürlichen Ressourcen und den Umgang mit vorhandenen Bodenschätzen ein (vgl. Ströbele-Gregor 2005: 126f.). Gleichzeitig berührt die Landfrage jedoch auch die Problematik der ländlichen Armut und birgt die Chance auf eine gerechtere Landverteilung und die gezielte Förderung des ländlichen Raumes, die Lebenssituation der dortigen Bevölkerung zu verbessern sowie langfristige Perspektiven der Existenzsicherung zu eröffnen.

■ Koka:

„Koka ist nicht Kokain“. Hinter dem Ziel einer Legalisierung des traditionellen Kokaanbaus steht der Wunsch nach internationaler Anerkennung des Kokablattes als einem traditionellen Bestandteil indigener Kulturen sowie dem Recht auf Verarbeitung und Kommerzialisierung kosmetischer sowie medizinischer Koka-Produkte. Im Grunde reflektiert dieser Konflikt die Forderung nach zwischenstaatlicher Akzeptanz indigener Rechte und Traditionen

und ein Ende des US-amerikanischen „War on Drugs“ respektive das Anrecht auf nationale Souveränität und die Beendigung der jahrhundertalten Einmischung von außen.

## 2. Stand der Reformen – Die Wiederverstaatlichung der Erdgasvorkommen

Neben der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung war die Nationalisierung der Erdgasvorkommen eines der beiden zentralen Wahlversprechen von Evo Morales. Im Rahmen der Analyse und Bewertung dieses Prozesses sind die symbolisch aufgeladenen Handlungen und die oft radikale Rhetorik der Regierung Morales, die vor allem der eigenen Basis geschuldet sind, von dem internationalen Verhandlungsstil zu trennen. Während Teile der radikalen Linken bedauerten, dass die realpolitischen Ergebnisse hinter der Rhetorik zurückblieben und zu Recht darauf hinwiesen, dass eine Nationalisierung im klassischen Sinne nicht stattfand, reichten die Schritte der Regierung, um konservative und rechte KritikerInnen zu massiven Sanktionsdrohungen zu verleiten. Die Regierung hingegen wählte einen gangbaren Weg und nutzte konsequent den ihr zur Verfügung stehenden Verhandlungsspielraum. So bleibt festzuhalten, dass die Enteignung ausländischer Investitionen zu keinem Zeitpunkt anvisiert wurde. Erklärtes Ziel der Regierung Morales war die Rückgewinnung der Kontrolle über die gesamte Wertschöpfungskette der Produktion einschließlich des Rückkaufs der hierfür notwendigen Aktienmehrheiten. Darüber hinaus soll der im Zuge der Privatisierungen der 1990er Jahre weitgehend abgewickelte staatliche Energiekonzern reaktiviert und über die Neuverhandlung der Verträge eine signifikante Erhöhung der staatlichen Gewinnbeteiligung am Erdgasgeschäft durchgesetzt werden.

Da Bolivien aber weder über ausreichende finanzielle Ressourcen, noch das technologische Know-how verfügt, um die Förderproduktion des Erdgassektors direkt zu übernehmen und die geplante industrielle Weiterverarbeitung des Gases im Land voranzutreiben, kam dem politisch-strategischen Rückhalt und der zugesicherten finanziellen Unterstützung aus Venezuela im Hinblick auf die günstige Ausgangsposition Boliviens in den Verhandlungen mit den beiden größten Investoren, dem brasilianischen Staatskonzern *Petrobras* und dem argentinisch-spanischen Konzern *YPF-Repsol*, zentrale Bedeutung zu. Doch trotz umgehender Akzeptanz Kirchners und Lulas für die bolivianische Entscheidung, den Erdgassektor zu nationalisieren, gestalteten sich die Verhandlungen insbesondere mit *Petrobras* sehr schwierig und zogen sich über die gesamte Sechs-Monatsfrist hin. Dennoch, am Ende akzeptierten – trotz anfänglicher internationaler Empörung und aller in- und ausländischen Kritik – alle zehn ausländischen Energiekonzerne die neuen Bedingungen, niemand klagte, niemand verließ das Land (La Razón 29. 10. 2006).

Neben den so gesicherten Mehreinnahmen<sup>4</sup>, die den finanziellen Spielraum der bolivianischen Regierung für soziale Investitionen und Umverteilungspolitiken signifikant erhöhen, erscheint die wiedergewonnene Souveränität über die eigenen Ressourcen als zentraler und nicht zu unterschätzender Erfolg der neuen Abkommen.

Nichtsdestoweniger weisen kritische Stimmen zurecht daraufhin, dass es sich bei Weitem nicht um die erste Nationalisierung bolivianischer Ressourcen handelt; die historischen Erfahrungen jedoch zeigen, dass keine der Verstaatlichungen zur anvisierten Binnenindustrialisierung beizutragen vermochte, und diese daher nicht dazu führten, die Rentenlogik des primären Rohstofflieferanten und die entsprechende Abhängigkeit von der Entwicklung der Weltmarktpreise zu durchbrechen (Quiroga 2006: 98).

Auch wenn sich demzufolge noch herausstellen muss, inwieweit das bolivianische Staatsunternehmen all diesen neuen Aufgaben gewachsen sein wird, bleibt festzuhalten, dass die Regierung Morales in diesem Punkt *zentralen* innenpolitischen Forderungen nachgekommen ist und mit regionaler Unterstützung Venezuelas und Argentiniens sowie dem eigenen Verhandlungsgeschick die Neuverhandlung der Verträge – entgegen den Erwartungen – ohne nennenswerte ökonomische oder politische Sanktionen internationaler Konzerne oder deren Mutterländer durchzusetzen vermochte.

### 3. Eine zweite Agrarreform zur Lösung der Landfrage

Im Wahlkampf hatte der MAS wie viele der Oppositionsparteien konkrete politische Schritte zur Steigerung der Produktivität und der Armutsreduktion in den ländlichen Regionen versprochen. Die Landfrage bzw. eine effektive Umverteilung des sehr ungleich verteilten Bodenbesitzes<sup>5</sup> kann dabei als eine wesentliche Voraussetzung betrachtet werden. Als ersten Schritt kündigte die Regierung an, etwa fünf Millionen Hektar Staatsland an indigene und bäuerliche Gemeinschaften umverteilen zu wollen. Anfang Juni 2006 legte die Regierung Morales überdies einen neuen Gesetzesvorschlag vor, dessen Reichweite

<sup>4</sup> Die Schätzungen im Hinblick auf die Mehreinnahmen schwanken je nach Quelle beträchtlich. Aber selbst Quiroga, der vor allem kritische Aspekte der Verstaatlichung betont, schätzt, dass sich der bolivianische Staatshaushalt zukünftig zu rund 60% aus den Einnahmen des Erdgassektors speisen wird. 2004, im Jahr vor der ersten Gesetzesänderung betrug dieser Anteil nur 20%, erhöhte sich 2005 auf 30% und beträgt aktuell bereits 39% (Quiroga 2006: 98).

<sup>5</sup> Statistische Daten belegen, dass 68% der kleinen und mittleren Bauern landesweit nur über rund 1,4% der landwirtschaftlichen Anbauflächen verfügen. Im Gegensatz dazu besitzen knapp 4% der bolivianischen Landbesitzer bzw. einige wenige Großgrundbesitzerfamilien im fruchtbaren Tiefland ungefähr 90% aller landwirtschaftlichen Anbauflächen. Viele dieser Flächen liegen aus Spekulationsgründen zudem brach (Paz Ballivián 2003).

deutlich darüber hinausreichte und erwartungsgemäß auf massiven Widerstand aus dem östlichen Tiefland bzw. der dort ansässigen Agrarindustrie, der größeren Bauernverbände sowie der GroßgrundbesitzerInnen stieß. Radikale Fraktionen drohten sogleich mit Bewaffnung und der blutigen Verteidigung ihrer Besitztümer (ICG 2006: 13f.). Die Gesetzesänderung sieht vor, dass privater Landbesitz ab einer Größenordnung von 50.000 Hektar in den Besitz des Staates übergehen kann, sofern das Land nachweisbar keine ökonomisch-soziale Funktion erfüllt. Ausgenommen von einer Enteignung sind nicht nur offensichtlich landwirtschaftlich genutzte Flächen, sondern auch Brach- und Grünflächen, die der Regeneration der Böden dienen sowie geplante Erweiterungsflächen und Flächen, die wichtige ökologische Funktionen erfüllen.

Zudem ist die Enteignung von privatem Landbesitz laut geltender Gesetzeslage bisher nur aufgrund öffentlichen Bedarfs möglich. Zukünftig sollen Enteignungen auch aus sozialen Erwägungen bzw. im Sinne einer gerechteren Bodenverteilung möglich sein. Die Übertragung von Landtiteln darf ausschließlich an indigene und bäuerliche Gemeinschaften erfolgen. Eine Übertragung zugunsten von Privat- bzw. Einzelpersonen schließt die Gesetzesvorlage hingegen aus (Horstmann 2006; La Razón 30.11.2006).

Des Weiteren sieht das neue Gesetz die Unterstützung der Mechanisierung des landwirtschaftlichen Anbaus für KleinproduzentInnen vor. Erste Schritte hierzu bestehen in der staatlichen Bereitstellung von maschinellen Gerät, beispielsweise Traktoren, die über die Stadt- und Landkreise Bauern/Bäuerinnen und indigenen Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus will die Regierung in die Schaffung und Etablierung von Absatzmärkten investieren und den kleinen und mittleren ProduzentInnen eine staatlich regulierte und damit angemessene Preispolitik garantieren. Eine weitere Zielsetzung besteht in der gezielten Förderung ökologischer Anbaumethoden auch oder gerade für den Exportsektor (Cabrera 2006).<sup>6</sup>

Zur gezielten Förderung der benachteiligten ländlichen Räume hat die Regierung für 2007 flankierende Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitsbereich anvisiert:

Neben dem bereits landesweit eingeführten Schulbonus *Juancito Pinto* von rund US\$ 25 pro Kind und Jahr, der als Anreiz für einen regelmäßigen Schulbesuch konzipiert wurde, soll die Zahl an Lehrpersonal auf dem Land erhöht und der Schultransport vor allem in abgelegenen Regionen verbessert werden.

---

<sup>6</sup> So sehen die *Tratados de Comercio de Pueblos* (TCP), die als politische Alternative Venezuelas, Boliviens und Cubas zu bilateral abgeschlossenen Freihandelsverträgen konzipiert wurden beispielsweise nicht nur materielle Unterstützung für KleinproduzentInnen vor, sondern bieten ihnen auch konkrete Exportmöglichkeiten. Venezuela hat sich in diesem Kontext unter anderem verpflichtet 56.000 Tonnen ökologisch angebautes Soja bolivianischer Kleinbauern/Kleinbäuerinnen abzunehmen (El Nuevo Día 20.4.2007).

Zudem werden Alphabetisierungsprogramme zukünftig auch in indigenen Sprachen angeboten.

Außerdem ist ein Programm zur Beendigung der Unterernährung geplant, welches Schulspeisungen und die kostenlose Ausgabe von lebenswichtigen Vitaminen und Mineralstoffen an die ländliche Bevölkerung vorsieht. Finanziert durch den aktuell erwirtschafteten Haushaltsüberschuss werden 2007 zunächst 4.222 zusätzliche Stellen im Bildungs- sowie 850 neue Stellen im Gesundheitssektor geschaffen (La Razón 11.1.2007a).

Weitere Regierungsprojekte im Bereich Bildung und Gesundheit reichen über die gezielte Förderung der Entwicklung in ländlichen Gebieten hinaus. So ist beispielsweise die Einführung einer allgemein zugänglichen Krankenversicherung (*Seguridad Universal de Salud*) vorgesehen. In der Anfangsphase soll diese für alle bisher nicht versicherten BolivianerInnen bis zum Alter von 21 Jahren, d.h. für rund drei Mio. Personen, kostenfrei und landesweit zugänglich sein. Die Versorgungsangebote werden sich zunächst auf die Grundversorgung beschränken. Die Umsetzung kann nur graduell erfolgen und die Finanzierung soll aus Überschüssen des Nationalen Schatzamtes, kommunalen Steuereinnahmen sowie den zusätzlichen Einnahmen aus dem Erdgassektor gedeckt werden.

Gemessen an der Absicht, eine armutsreduzierende und die soziale Ungleichheit verringernde Politik betreiben zu wollen, können die hier nur exemplarisch angeführten Maßnahmen und Investitionen eindeutig als positiv gewertet werden.

Nicht ganz so positiv wurden dahingegen die Anti-Korruptionsmaßnahmen der Regierung aufgenommen. So bestand eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten darin, sein Gehalt per Dekret um 57% und dass der Exekutive, Legislative und Judikative um 50% zu reduzieren (*Decreto Presidencial N° 28609*).<sup>7</sup> Die dadurch eingesparten Staatsausgaben sollen den zusätzlichen Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor zugutekommen. Gleichzeitig wurde ein hartes Vorgehen der Regierung – auch innerhalb der eigenen Reihen – gegen die weitverbreitete Korruption im Lande angekündigt.

Die Opposition und politische Gegner bezeichneten die Gehaltskürzung als populistisch und argwöhnten, dass die Kürzungen die Versuchung der Korruption tendenziell sogar erhöhten. Allerdings konnte sich Bolivien laut der jährlichen Untersuchungen von *Transparency International* im Hinblick auf den Korruptions-Perzeptionsindex bereits im ersten Jahr der Regierung Morales merklich verbessern. Während das Land 2005 noch Rang 118 von 163 untersuchten Ländern bekleidete, rückte es 2006 auf Rang 105 vor (La Razón 7.11.2006).

---

<sup>7</sup> Umgerechnet verdient der Präsident somit US\$ 1.863 monatlich (ICG 2006: 5).

Die Tatsache, dass die Regierung Morales bereits ab Februar 2006 diverse Korruptionsverfahren gegen VertreterInnen der staatlichen Institutionen, aber auch gegen private Unternehmen sowie gegen Mitglieder des MAS und der Regierung anstrebte, zeugt meines Erachtens davon, dass sie ernsthaft versucht, das Problem anzugehen (vgl. hierzu auch ICG 2006: 5f.). Zudem lehnte Morales Forderungen der eigenen Basis nach Besetzung öffentlicher Posten durch MAS-AnhängerInnen bereits mehrfach ab. Teile der Opposition und Medien kritisieren alle diese Maßnahmen hingegen pauschal als haltlos und ausschließlich politisch motiviert (Behrens 2006a).

Dennoch die Zweifel an dem zusätzlich eingereichten Anti-Korruptionsgesetz der Regierung sind nicht unberechtigt: Die Vorlage sieht sehr weitreichende Befugnisse einer neuen administrativen Einheit zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen vor. Neben der Aufhebung des Bankgeheimnisses sollen die Verfahren deutlich beschleunigt werden, und anders als zuvor schließt das Gesetz nicht nur die mögliche Kontrolle von InhaberInnen öffentlicher Ämter, sondern auch Privatpersonen mit ein. Darüber hinaus wird die Beweispflicht umgedreht, d.h. die Beschuldigten müssen nachweisen, dass ihre Besitzstände legal erworben wurden (La Razón 7.12.2006). Die berechtigte Frage lautet, ob die geltende Gesetzeslage strikt angewandt nicht ausreichend wäre, um Korruption effektiv zu bekämpfen.

Ebenso kontrovers wird die Infragestellung liberal-repräsentativer Demokratieprinzipien und bestehender staatlicher Institutionen von vielen Seiten diskutiert bzw. wahrgenommen. Doch auch hier setzt die Regierung Morales ihren Reformkurs fort und versucht langjährige Forderungen aus indigenen Kreisen schrittweise umzusetzen.

Zweifel an der Angemessenheit der bestehenden staatlichen Institutionen werden dabei seit langem und nicht nur von indigener Seite formuliert. So bezeichnete Andrés Torrez, Professor an der katholischen Universität in La Paz, den bolivianischen Staat sehr treffend als eine Art Frankenstein-Gebilde; mit nordamerikanischem Präzidentialismus, französischen Präfekturen, spanischen Kommunen, deutschen Gerichtshöfen und einem schwedischen Ombudsmann (Krueger et al. 2004: 20).

Jenseits der Frage nach der Funktionsfähigkeit und Legitimation dieser Institutionen illustriert die von ihm verwendete Metapher ein Grundproblem bolivianischer Staatlichkeit: Sie ist nicht gewachsen, sondern wurde oktroyiert. Insofern besteht die Herausforderung der amtierenden Regierung auch darin, der soziopolitischen und kulturellen Pluralität auch innerhalb der Ausgestaltung staatlicher Institutionen und des demokratischen Modells Rechnung zu tragen.

Einen Schritt in diese Richtung symbolisiert die ebenfalls heftig umstrittene Gesetzesvorlage zur Verabschiedung einer indigenen Rechtssprechung.

Der am 1. Januar 2007 vom Regierungskabinett verabschiedete Gesetzesvorschlag zur landesweiten Einführung einer indigenen Rechtssprechung soll der geltenden Rechtssprechung gleichgestellt werden. Für Mitglieder indigener und ländlicher Gemeinschaften hat diese neue Rechtssprechung verpflichtenden Charakter. Der Vorschlag, über den ursprünglich im Februar 2007 im Kongress abgestimmt werden sollte, bezieht die unterschiedlichen Rechtspraxen aller 36 indigenen Ethnien mit ein. Die Todesstrafe ist nicht zulässig. Im Unterschied zur gewöhnlichen Gesetzgebung sind Haftstrafen nicht vorgesehen. Als Höchststrafe droht der Ausschluss aus der Gemeinschaft. Die traditionellen Autoritäten sind automatisch zuständig für alle zivil- und strafrechtlichen Konflikte bzw. Vergehen, die sich innerhalb ihrer Territorien ereignen. Sollten nicht-indigene Personen involviert sein, haben diese die Möglichkeit, den Fall der staatlichen Gerichtsbarkeit zu übertragen. Für schwere Delikte wie Vergewaltigungen droht der Ausschluss aus der Gemeinschaft oder auch die Zwangsheirat des Opfers. Bei Mord muss der Täter/die Täterin zudem für die ökonomische Absicherung der Familie des Opfers Sorge tragen. Als Bestrafung sind vor allem die Scham der öffentlichen Verhandlung der Tat und die Ableistung gemeinnütziger Arbeit, aber auch Maßnahmen körperlicher Züchtigungen vorgesehen. Den traditionellen Autoritäten steht weiterhin die Möglichkeit offen, begangene Rechtsbrüche der offiziellen Justiz zu übergeben. Die Rechtmäßigkeit lokal getroffener Entscheidungen soll von regionalen Räten und einer nationalen Kommission für indigene Rechtssprechung geprüft werden (La Razón 4.1.2007; 5.1.2007b). Rechtsexperten bemängeln, dass einige der vorgesehenen Sanktionen grausam seien und einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellen. Zudem begrenzt Artikel 171 der bolivianischen Verfassung, die Anwendung indigener Rechtssprechung bisher auf Fälle ziviler Konfliktlösung, auf strafrechtliche Vergehen findet sie keine Anwendung (La Razón 8.1.2007).

#### 4. Die Entwicklung der innenpolitischen Situation

Das erste halbe Jahr war – trotz vereinzelter Konflikte – durch eine Phase erstaunlicher politischer Stabilität sowie enorm hohe Zustimmungsraten zur Person Evo Morales und der Politik seiner Regierung gekennzeichnet (Goedeking/ Zuazo 2006: 19).<sup>8</sup> Im Vergleich zu den Vorjahren blickte ein bedeutender Teil der bolivianischen Bevölkerung optimistisch in die Zukunft und es herrschte eine Art wirtschaftliche Aufbruchsstimmung vor (La Razón

---

<sup>8</sup> Laut Umfragen des bolivianischen Meinungsforschungsunternehmens *Apoyo, Opinión y Mercado Bolivia* erreichte die Zustimmung zur Präsidentschaft von Evo Morales im Mai einen Höhepunkt von 81%. Die Zustimmung zur Regierung lag zeitgleich bei 79% (La Razón 20.12.2006).

5.7.2006). Morales gelang es, die beiden zentralen Wahlversprechen, die „Nationalisierung“ der Erdgasvorkommen und die Wahl zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung umzusetzen. Im Rahmen der Letzteren entzündeten sich die schwelenden innergesellschaftlichen Konflikte jedoch erneut. Die Auseinandersetzungen, die sich spätestens seit Mitte November 2006 immer weiter zuspitzten, dauern bis heute an. Den vordergründigen Anlass der Auseinandersetzungen bildete die Neuauslegung der Abstimmungsregeln in der Verfassungsgebenden Versammlung durch die Mehrheitsfraktion der MAS-Abgeordneten sowie das Dauerkonfliktthema der regionalen Autonomien. Hinzu kamen massive Proteste aus den Reihen der GroßgrundbesitzerInnen und Agrarindustrie gegen die von der Regierung geplante Landreform.

Die bei der feierlichen Eröffnung der *Asamblea Constituyente* (AC) Anfang August zu spürende Hochstimmung und damit verbundene Hoffnungen einer Neugründung Boliviens wichen schon sehr bald allgemeiner Ernüchterung und Bildern einer völlig überlasteten Infrastruktur, permanenter inhaltlicher Polarisierung und allgemeiner Beschlussunfähigkeit (Schorr 2006: 4). Nachdem sich die Positionen auf beiden Seiten zunehmend verhärteten, nutzte die MAS-Fraktion am 18. November 2006 den Protestboykott des Plenums durch Abgeordnete der Opposition, um ihre Forderung nach einer Neuregelung des Abstimmungsmodus kurzerhand im Alleingang durchzusetzen. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die Führer der beiden größten Oppositionsparteien (PODEMOS und UN) riefen zu Maßnahmen des zivilen Widerstandes und einem landesweiten Hungerstreik auf, um das Votum des MAS zu kippen und die im Einberufungsgesetz vorgesehene Zweidrittelregel beizubehalten (Behrens 2006b).

Parallel dazu spitzten sich in La Paz die Auseinandersetzungen um das neue Boden- und Agrargesetz, welches die Enteignung von ungenutztem Großgrundbesitz vorsieht, weiter zu. Nachdem die Gesetzesvorlage der Regierung im Parlament die notwendige Mehrheit erhalten hatte, gingen die 15 Senatoren der Opposition am 20. November 2006 dazu über, die Senatssitzungen zu boykottieren, was das Gremium beschlussunfähig machte. Gleichzeitig riefen sie zu zahlreichen Blockade- und Protestaktionen in den östlichen Tieflanddepartements auf.

Auch Morales setzte politisch auf den Druck der Straße bzw. auf die Wirkung der parallelen Protestmärsche des zentralen Dachverbandes der Landarbeitergewerkschaften (CSUTCB), sowie den Marsch der beiden größten indigenen Dachverbandorganisationen (CONAMAQ und CIDOB), um der Landreform auf diesem Wege zum Durchbruch zu verhelfen.

Wieder schien keine Seite bereit, Konzessionen zu machen und Evo Morales drohte das Gesetz notfalls per Dekret zu verabschieden, als die Konfrontation eine unerwartete Wende nahm: So verkündete Evo Morales den

kurz zuvor in La Paz eingetroffenen Protestmärschen der *indigenas* und *campesinos/campesinas*, der bolivianischen Öffentlichkeit sowie einer völlig überraschten Opposition am 28. November 2006 offiziell das legale Inkrafttreten der umkämpften Gesetzesvorlage. Dieser Coup gelang dank der Stimmen von drei Oppositionspolitikern. Der Senatspräsident, Mitglied des MAS, hatte kurzerhand alle Vertretungen der abwesenden Senatoren zur Sitzung geladen und drei Oppositionspolitiker waren dieser Aufforderung gefolgt. Durch ihre Anwesenheit war der Senat mit insgesamt 15 Senatsmitgliedern wieder beschlussfähig. Die 44 Artikel des neuen Agrargesetzes wurden einstimmig verabschiedet (La Razón 29.11.2006).

Die drei „abtrünnigen“ Senatsvertreter der Opposition sahen sich daraufhin massiven Anfeindungen aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Zu ihrer Verteidigung versicherten die Abgeordneten unabhängig voneinander, keine Dissidenten oder gar gekaufte Verräter zu sein, sondern nur dem Willen ihrer WählerInnenbasis in Pando bzw. Beni entsprochen zu haben.

In Santa Cruz wurde daraufhin ein 24-stündiger Warnstreik ausgerufen und Mitte Dezember regionale Versammlungen in den vier Tieflanddepartments abgehalten, mit der Drohung das positive Votum des Autonomiereferendums vom 2. Juli 2006 eigenmächtig umzusetzen (La Razón 16.12.2006; Behrens 2006b).

Darüber hinaus spitzten sich Anfang Januar 2007 die Auseinandersetzungen zwischen MAS-AnhängerInnen, insbesondere aus den Reihen der *cocalero*-Bewegung und dem der Opposition angehörenden Präfekten des Departments Cochabamba, Manfred Reyes Villa, zu. Reyes Villa hatte zum Jahresende ebenfalls eine Regionalversammlung abgehalten und trotz der 63% Neinstimmen zur Frage der Autonomie in Cochabamba die Durchführung eines neuen Autonomiereferendum beschlossen sowie explizit die Unabhängigkeit des Departements Santa Cruz begrüßt. Das hatten Teile des MAS-Spektrums nach dem Evaluationskongress der einjährigen Regierungsarbeit zum Anlass genommen, um sich in der gleichnamigen Hauptstadt der Region zu versammeln und den Rücktritt des Präfekten zu fordern. Nachdem es am 8. Januar 2007 zu schweren Ausschreitungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen kam, wurde die Präfektur in Brand gesetzt und am Tag darauf alle Zufahrtswege durch Straßenblockaden abgeschnitten, um so den Rücktritt zu erzwingen. Die Auseinandersetzungen zwischen radikaleren Teilen der Opposition und Teilen der MAS-AnhängerInnen hatten Tote sowie zahlreiche Verletzte zur Folge. Nachdem die Regierung die Rücktrittsforderungen kurzzeitig unterstützt hatte, forderte sie daraufhin beide Seiten auf, das Votum der WählerInnen zu respektieren und zwar nicht nur im Hinblick auf den Verbleib von Reyes Villa im Amt, sondern auch im Hinblick auf das Ergebnis des landesweiten Autonomiereferendums (La Razón 11.1.2007b).

Angesichts dieser bis heute andauernden Konflikte zwischen Regierung und Opposition bzw. zwischen Hoch- und Tiefland soll im Folgenden stärker auf einen zentralen Aspekt bolivianischer Innenpolitik hingewiesen werden: die komplexe soziale Realität des Landes.

## 5. Zwei Bolivien?

Obwohl der erste Blick auf die seit Monaten zwischen angespannter Ruhe und Konflikteskalation oszillierende Situation die Existenz zweier eindeutiger Pole der Polarisierung suggeriert, verdeckt diese Vorstellung von zwei monolithischen und geographisch klar abgrenzbaren Machtblöcken die soziale Komplexität und vielschichtigere Interessensheterogenität im Land.

Das plakative und eingängige Bild der „zwei Bolivien“ (Van Cott 2003: 774), des indigenen und des „weißen“ Boliviens, des ökonomisch abgekoppelten, rückständigen und armen Westens einerseits sowie des vergleichsweise prosperierenden, weltmarktorientierten und modernen Südostens andererseits, illustriert sehr wohl das Grundproblem einer zutiefst ungleichen Gesellschaft und die Beharrungskraft der kolonial ererbten Gesellschaftsstrukturen. Will man jedoch die gesellschaftspolitische Basis und die – nicht zuletzt daraus resultierenden – Gestaltungsspielräume der seit einem Jahr amtierenden Regierung Morales genauer einschätzen, müssen die Interessensheterogenität und die sich aus der sozialen Fragmentierung ergebenden Widersprüche, die sowohl innerhalb der Regierung, dem MAS und den verschiedenen sozialen Bewegungen sowie zwischen und innerhalb des politischen Oppositionsspektrums bestehen, analytisch stärker in den Blick genommen werden.

Diese Einschätzung kann an dieser Stelle nur exemplarisch – anhand der komplexen inneren Verfasstheit der Regierungspartei des MAS – verdeutlicht werden. So ist der MAS keine Partei im traditionellen Sinne, sondern lässt sich vielmehr als ein um die Person Evo Morales und die *cocalero*-Bewegung gruppierter „Dachverband“ der sozialen Basisorganisationen sowie der verschiedenen indigenen und gewerkschaftlichen Bewegungsströmungen beschreiben (Quiroga 2006: 93). Diese nutzen den überwiegend vertikal strukturierten MAS als Plattform und Sprachrohr für ihre Interessen und als Zugang, um über eine eigene Repräsentation Einfluss auf die offiziellen politischen Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Goedeking und Zuazo (2006: 16f.) unterteilen die vorherrschenden politisch-strategischen Strömungen im Innern des MAS in drei Hauptlinien. Die erste bezeichnen sie als indigenistisch/indianistische Fraktion, deren Bedeutung bzw. Größendimension sie innerhalb des MAS als vergleichsweise begrenzt einschätzen. Daneben existiere eine Strömung, die sie der traditionellen, nicht dogmatischen Linken zurechnen und eine dritte Strömung, die sie als die einflussreichste bezeichnen und mit den Adjektiven gewerkschaftlich-

popular umschreiben.<sup>9</sup> Interessanterweise verwendet Archondo (2006: 10f.) in diesem Kontext sehr ähnliche Kategorisierungen, schätzt die Stärke der einzelnen Strömungen jedoch anders ein. So spricht auch er von einer indianistischen Fraktion mit stark antikolonialen Zügen, einer marxistisch geprägten, staatszentrierten und nationalistisch-antiimperialistische Züge tragenden Strömung sowie einer reformorientierten, demokratischen Fraktion, der er Morales zuordnet. Doch anders als Goedeking und Zuazo sieht Archondo vor allem die indianistische Strömung stark vertreten und die BefürworterInnen eines strukturellen Wandels auf demokratischem Wege innerhalb des MAS tendenziell unterrepräsentiert.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen resultieren meines Erachtens aus dem prozesshaften Charakter dieser „Bewegung der Bewegungen“. So stellten Morales und die *cocalero*-Bewegung bzw. gewerkschaftlich sozialisierte Kreise gerade zu Beginn die Mehrheit im MAS, doch die ethnische Kodierung des gesellschaftspolitischen Diskurses hat auch in diesen Reihen deutlich an Raum gewonnen. Und auch wenn Goedeking und Zuazo zu Recht anmerken, dass dem ethnischen Diskurs originär ein sozioökonomischer Kern zugrunde liegt, hat sich dieser Diskurs sukzessive von sozialpolitischen und sozioökonomischen Forderungen entkoppelt und verlangt unabhängig davon nach politischer Resonanz. Morales selbst verortete ich trotz der weitgehenden Übernahme dieser diskursiven Elemente nach wie vor deutlich stärker in der gewerkschaftlichen Tradition und würde ihn entlang der identifizierten Strömungen sowohl dem staatszentrierten, als auch demokratisch-reformerischem Lager zurechnen. Der überraschend vorgenommene Kabinettswechsel ein Jahr nach der Amtsübernahme deutet indes auf eine bewusste Stärkung gewerkschaftlicher Positionen innerhalb der Regierung hin (La Razón 24.1.2007).<sup>10</sup> Zudem zeichnete sich nach dem Kabinettswechsel eine schrittweise Annäherung zwischen der Regierung und Teilen der Opposition hinsichtlich der Abstimmungsmodi der Verfassunggebenden Versammlung ab, welche noch kurz zuvor – nach sieben Monaten Dauerkonflikt und wechselseitiger Blockaden bzw. ergebnisloser Verhandlungen – endgültig zu scheitern drohte. Das Verfahren sieht vor, dass die 21 Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen Vorschläge und Forderungen unterschiedlichster gesellschaftspolitischer Organisationen sowie staatlicher Institutionen sammeln und diskutie-

<sup>9</sup> Der Begriff *popular* findet in Lateinamerika häufig Verwendung, entzieht sich aber einer adäquaten Übersetzung. Der Begriff bringt die soziale Abgrenzung subalterner Bevölkerungsgruppen gegenüber den Mittel- und Oberschichten zum Ausdruck. Er beinhaltet dabei sowohl ökonomische, als auch kulturelle, jedoch keine ethnischen Zuschreibungen und ließe sich am ehesten mit volksnah übersetzen (vgl. Goedeking/Zuazo 2006: 10).

<sup>10</sup> Insgesamt wurden sieben MinisterInnen ausgetauscht. Als emblematisch für die Begrenzung des Einflusses indianistischer Positionen wurde insbesondere das Ausscheiden des Bildungsministers und radikalen *aymara*-Intellektuellen Felix Patzi gewertet.

ren. Im März 2007 bereisten Delegierte das ganze Land, um im Rahmen von Foren die Erwartungen der Bevölkerung aufzunehmen. Die Kommissionsmitglieder arbeiten seither unter Hochdruck an der Bündelung und internen Abstimmung der eingebrachten Vorschläge. Dennoch steht angesichts massiver Interessensdivergenzen nicht zu erwarten, dass der ursprünglich vorgesehene Zeitplan von einem Jahr tatsächlich eingehalten werden kann (Schorr 2007: 5f.). Im Falle einer Annahme der neuen Verfassung kündigte Morales bereits im März diese Jahres vorgezogene Neuwahlen für 2008 an (La Razón 17.3.2007).

Und obwohl die derzeitigen innenpolitischen Machtverhältnisse sowie günstige außenpolitische Rahmenbedingungen<sup>11</sup> eine reale Chance auf *strukturellen* Wandel in politischer und sozialer Perspektive zu bieten scheinen, verweisen der anhaltende Widerstand traditioneller Machtgruppen, die Heterogenität der Interessen und die Außenabhängigkeit Boliviens gleichzeitig auf die beständige Gefahr des Scheiterns. Darüber hinaus steht zu erwarten, dass sich die politischen Auseinandersetzungen *innerhalb* des Regierungslagers und des MAS intensivieren werden. Dabei könnten insbesondere die indianistische Strömung mit der Forderung einer weitgehenden Autonomie der indigenen Gemeinschaften und die BefürworterInnen eines staatszentrierten Entwicklungsmodells in folgenreiche Konflikte geraten.<sup>12</sup>

## 6. Versuch eines Fazits

Mit dem bisher Gesagten wurde bewusst vermieden, eine eindeutige Prognose hinsichtlich der Perspektive einer Neugründung Boliviens zu wagen. Festzuhalten bleibt, dass die Regierung Morales – trotz ihrer politisch-administrativen Unerfahrenheit – bereits im ersten Jahr viel mehr bewegt hat, als zu Beginn des Jahres 2006 anzunehmen war. Dennoch bleibt die Zukunft dieses Wandels ungewiss und der Grad der Konfliktivität auf allen Ebenen und zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen hoch. Die Tatsache, dass der Versuch struktureller Veränderungen gesellschaftlicher und ökonomischer Machtverhältnisse Auseinandersetzungen produziert und sich nicht aus-

---

<sup>11</sup> Hier sind zum einen die Anzeichen des politischen Wandels in der lateinamerikanischen Region insgesamt gemeint; zum anderen aber auch der von verschiedenen Regierungen unterstützte Versuch, die regionale Integration und Kooperation voranzutreiben, um so die politisch-ökonomischen Verhandlungs- und Gestaltungsspielräume des Subkontinents gegenüber der traditionellen Dominanz der USA auszubauen. Eine besondere, wenn auch ambivalente Rolle gerade im Hinblick auf die Unterstützung der Reformvorhaben der Regierung Morales spielt dabei die wirtschaftliche Unterstützung sowie der politische Rückhalt der venezolanischen Regierung unter Hugo Chávez.

<sup>12</sup> So deuten sich bereits jetzt Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und indigenen Gemeinschaften sowie lokalen Gemeinden um die zukünftige Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen an.

schließlich über Dialog und Konsens wird lösen lassen, kann dabei allerdings nicht überraschen. Nichtsdestoweniger hat sich die Regierung Morales – trotz anderslautender Diffamierung und zum Bedauern radikalrevolutionärer Kreise – bis dato weitestgehend innerhalb der liberal-demokratischen Spielregeln bewegt und diese keineswegs stärker strapaziert, als große Teile der politischen Opposition.

Die kritische Begleitung eines jeden Transformationsprozesses ist wichtig. Oft wird allerdings mit zweierlei Maß gemessen: So wurde international jahrelang die Stabilität der paktierten Demokratie gelobt und damit eine über die Übergangsphase hinaus am bloßen Machterhalt und der parteipolitischen Pfründeverteilung orientierte Demokratie in Kauf genommen bzw. – mehr noch – als Erfolgsmodell gewürdigt. Angesichts der Tatsache, dass die Regierung Morales über eine historisch einmalige demokratische Legitimation sowie nach wie vor hohe Zustimmungsraten verfügt, darf die plötzliche und anhaltend geäußerte Sorge um den Fortbestand der Demokratie durchaus verwundern.

Und es wird gleichfalls mit zweierlei Maß gemessen, wenn seit Jahren eine effizientere Bekämpfung der weitverbreiteten Korruption von Regierungen des Südens gefordert wird und dann entsprechende Anstrengungen einer nicht genehmen Regierung nicht gewürdigt, sondern pauschal als politisch motiviert delegitimiert werden.

So hat es den Anschein, dass die Ansprüche an die Qualität der Demokratie deutlich moderater ausfielen, solange es um die politische Durchsetzung und Absicherung des doppelten Liberalisierungsprozesses ging. Die auf demokratischem Wege erfolgte Infragestellung dieses Wirtschaftsmodells sowie die berechtigte Kritik an der Funktionsfähigkeit der Institutionen des liberal-repräsentativen Systems werden – der langen Debatte um die Defekte latein-amerikanischer Demokratien zum Trotz – hingegen vordergründig als Angriff auf demokratische Werte an sich interpretiert.

Jenseits aller Interessendivergenzen sowie daraus resultierender – aktueller und zukünftiger – Konfliktszenarien spielt dem Reformprojekt der Regierung überdies *ein* wirklicher Vorteil in die Hände: Eine politisch attraktive Alternative zu Morales und dem MAS ist für die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung derzeit nicht in Sicht.

## Literaturverzeichnis

Archondo, Rafael (2006): „¿Qué le espera a Bolivia con Evo Morales?“, in: Nueva Sociedad, Nr. 202, S. 4-12.

- Behrens, Peter-Alberto (2006a): Verfassungswahlen in Bolivien. Erster Schritt zur „Venezolanisierung?“, Politischer Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 3. Juli. La Paz: KAS.
- Behrens, Peter-Alberto (2006b): Bolivien – zwischen Demokratie und Autoritarismus, Politischer Kurzbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 12., Dezember. La Paz: KAS.
- Cabrera, Fernando (2006): Bolivia – Entrevista con Evo Morales. Radio Nederland, November, eingestellt von Manuela Garza, in: <[www.alterinfos.org/spip.php?article733](http://www.alterinfos.org/spip.php?article733)>(26.12.2006).
- El Nuevo Día (20.4.2007): Venezuela le comprará soya a los pequeños productores, in: <[www.el-nuevodia.com/versiones/20070420\\_007071/nota\\_248\\_416908.htm](http://www.el-nuevodia.com/versiones/20070420_007071/nota_248_416908.htm)>.
- Goedeking, Ulrich/ Zuazo, Moira (2006): „Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien“, in: Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse, Oktober. Bonn: FES, S. 1-34.
- Grey Molina, George (2005): Ethnic Politics in Bolivia. Harmony of Inequalities 1900-2000, in: <[hdr.undp.org/docs/events/global\\_forum/2005/papers/George\\_Gray\\_Molina.pdf](http://hdr.undp.org/docs/events/global_forum/2005/papers/George_Gray_Molina.pdf)>
- Horstmann, Britta (2006): Ohne Lösung der Landfrage keine ländliche Entwicklung. „Zweite Agrarrevolution“ soll Abhilfe schaffen, Schlüssel Info Bolivien 08/2006, 27. August.
- ICG (International Crisis Group) (2006): Bolivia’s Rocky Road to Reforms, Latin American Report Nr. 18, 3. Juli.
- Krueger, Chris/ Pino Antezana, Ivan/ Arreaño, Litzy (2004): Bolivia. The Current Context in Perspective, Dezember. La Paz: The Open Society Institute Latin American Program.
- La Razón (5.7.2006): La población siente que el país mejora, in: <[www.la-razon.com/versiones/20060705\\_005593/nota\\_247\\_305650.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20060705_005593/nota_247_305650.htm)>.
- La Razón (29.10.2006): Todas las petroleras firman y aceptan pagar 82% al Estado, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061029%5F005709/nota\\_248\\_350303.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061029%5F005709/nota_248_350303.htm)>.
- La Razón (7.11.2006): La Corrupción cede 13 puntos, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061107%5F005718/nota\\_247\\_353748.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061107%5F005718/nota_247_353748.htm)>.
- La Razón (29.11.2006): Evo divide a la oposición y promulga la Ley de Tierras, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061129%5F005740/nota\\_249\\_362364.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061129%5F005740/nota_249_362364.htm)>.
- La Razón (30.11.2006): Habrá tierras sólo para las comunidades, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061130%5F005741/nota\\_250\\_362927.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061130%5F005741/nota_250_362927.htm)>.
- La Razón (1.12.2006): Bolivia logrará un superávit de 5,9% del PIB este año, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061201%5F005742/nota\\_248\\_363327.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061201%5F005742/nota_248_363327.htm)>.
- La Razón (7.12.2006): Un proyecto anticorrupción duda de todos, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061207%5F005748/nota\\_256\\_365577.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061207%5F005748/nota_256_365577.htm)>.

- La Razón (16.12.2006): Los cabildos autorizan el desacato si no hay 2/3 en la Asamblea, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061216%5F005757/nota\\_244\\_369000.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061216%5F005757/nota_244_369000.htm)>.
- La Razón (20.12.2006): Santa Cruz hace caer la aprobación de Evo, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061220%5F005761/nota\\_247\\_370234.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061220%5F005761/nota_247_370234.htm)>.
- La Razón (30.12.2006): Un año excepcional, in: <[www.la-razon.com/versiones/20061230%5F005771/nota\\_245\\_373399.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20061230%5F005771/nota_245_373399.htm)>.
- La Razón (4.1.2007): La justicia comunitaria será un poder paralelo, intocable y obligatorio, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070104%5F005776/nota\\_256\\_374711.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070104%5F005776/nota_256_374711.htm)>.
- La Razón (5.1.2007a): El MAS habla de autonomía y busca frenar a las regiones, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070105\\_005777/nota\\_249\\_375097.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070105_005777/nota_249_375097.htm)>.
- La Razón (5.1.2007b): Un proyecto excluye la cárcel para violadores, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070105%5F005777/nota\\_256\\_375129.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070105%5F005777/nota_256_375129.htm)>.
- La Razón (8.1.2007): La justicia comunitaria, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070109\\_005780/nota\\_245\\_375895.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070109_005780/nota_245_375895.htm)>.
- La Razón (11.1.2007a): Salud y educación tendrán 5.072 nuevos ítems el 2007, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070111\\_005783/nota\\_250\\_377229.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070111_005783/nota_250_377229.htm)>.
- La Razón (11.1.2007b): El Gobierno respetará a Manfred a cambio del No a la autonomía, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070111%5F005783/nota\\_249\\_377262.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070111%5F005783/nota_249_377262.htm)>.
- La Razón (17.3.2007): Evo dice que habrá elecciones, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070317%5F005848/nota\\_247\\_403385.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070317%5F005848/nota_247_403385.htm)>.
- La Razón (24.1.2007): Evo Morales fortalece su enfoque de izquierda en el gabinete, in: <[www.la-razon.com/versiones/20070124%5F005796/nota\\_244\\_382267.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20070124%5F005796/nota_244_382267.htm)>.
- Leonhard, Jürgen (2005): Historischer Wahlsieg für Evo Morales in einem gespaltenen Bolivien, Schlüssel Info Bolivien 17/2005, 19. Dezember.
- Marmon, Tangmar (2005): „Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren“, in: Brennpunkt Lateinamerika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Nr. 12-05. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Paz Ballivián, Danilo (2003): „Medio siglo de Reforma Agraria boliviana“, in: Vargas Vega, John D. (coordinador): Proceso Agrario en Bolivia y América Latina. La Paz: CIDES-UMSA, S. 53-63.
- Piepenstock, Anne/ Vargas, Gonzalo/ Goedeking, Ulrich (2004): „Vom Musterland zum Volksaufstand. Die Krise des neoliberalen Modells in Bolivien“, in: Gabbert, Karin et al. (Hrsg.): Medien und ihre Mittel, Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte Nr. 28, S. 149-160.
- Quiroga, Yesko (2006): „Bolivien: Revolution in der Demokratie?“ In: Lateinamerika Analysen Nr. 14, 2/2006, S. 75-111.

- Rohrer, Katja (2005): Die Krise des bolivianischen Staates und die Ursachen der Unregierbarkeit, in: <[www.weltpolitik.net/print/2521.html](http://www.weltpolitik.net/print/2521.html)>.
- Schorr, Bettina (2006): „Polarisiert und entscheidungsunfähig. Schlechter Start für die Verfassungsgebende Versammlung“, in: Bolivia. Berichte und Analysen, Nr. 147, August-Oktober, S. 3-8.
- Schorr, Bettina (2007): „Land in Sicht? Die Verfassungsgebende Versammlung hat endlich ihre Arbeit begonnen“, in: Bolivia. Berichte und Analysen, Nr. 149, Februar-April, S. 3-9.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2005): „Bolivien – Auf dem Weg zur Neugestaltung der Demokratie?“ In: Lateinamerika Analysen, Nr. 10, Februar, S. 119-134.
- The New York Times (26.12.2006): In Bolivia's Affluent East, Anger at Morales is Growing, in: <[http://fairuse.100webcustomers.com/sf/nyt12\\_26\\_6\\_3.htm](http://fairuse.100webcustomers.com/sf/nyt12_26_6_3.htm)>.
- UNDP (2006): Beyond Scarcity. Power, Poverty and the Global Water Crisis, Human Development Report, in: <[http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/data\\_sheets/cty\\_ds\\_BOL.html](http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/data_sheets/cty_ds_BOL.html)>.
- Urioste, Miguel (2005): Bolivia. El conflicto por la tierra es el conflicto por el poder, in: <[www.landcoalition.org/pdf/BolFTierraconflicto.pdf](http://www.landcoalition.org/pdf/BolFTierraconflicto.pdf)> (29.11.2006).
- Van Cott, Donna Lee (2003): „From Exclusion to Inclusion. Bolivia's 2002 Elections“, in: Journal of Latin American Studies, 35. Jg., November, S. 751-775.
- Weber, Gaby (2004): „Ein südamerikanisches Kuwait? Separatisten im bolivianischen Tarija“, in: *ila*, Nr. 274, April, S. 48-50.
- Wolff, Jonas (2004): Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen, HSFK-Report 6/2004, in: <[www.hsfk.de/downloads/report0604.pdf](http://www.hsfk.de/downloads/report0604.pdf)> (03.12.2004).